Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 14 (1922)

Heft: 7

Rubrik: Aus schweizerischen Verbänden

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

tionären Wunderglauben irgendwelches Zugeständnis zu machen, in allen seinen Debatten und Entschlüssen eine Einmütigkeit zum Ausdruck, wie wir sie seit Jahren nicht mehr erlebten. Das haben wir nicht zuletzt dem frechen Toben der Reaktion zu verdanken, die ihre Absichten in letzter Zeit mit allzu offener Schamlosigkeit verkündet und so die Sammlung der proletarischen Kräfte aufs nachhaltigste gefördert hat. Wie schon so oft, hat sich auch diesmal an der kapitalistischen Gesellschaft das Dichterwort bewahrheitet: Ich bin ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft.

Der Verlauf des Gewerkschaftskongresses hat einen sehr fühlbaren Umschwung zum Bessern eingeleitet. Er darf als der Anfang einer verheissungsvollen neuen Entwicklungsperiode der schweizerischen Arbeiterbewegung betrachtet werden, in deren Verlauf auch die politische Wiedervereinigung der Arbeiterklasse Tatsache werden wird.

« *Basler Vorwärts* » (kommunistisch).

Die Unternehmer, die ganze bürgerliche Gesellschaft darf zufrieden sein. Die Durchführung dieser Kongressbeschlüsse wird ihre Ruhe nicht besonders stören. Die Einheitsfront von Dürr bis Reichmann ist auf gewerkschaftlichem Boden hergestellt. Es ist die Einheitsfront des Reformismus.

« *Rote Fahne* », Berlin (kommunistisch).

In Bern tagte am Sonnabend und Sonntag der ausserordentliche Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der sich u. a. mit der Frage der Verlängerung der 48stundenwoche befasste und sich in einer Entschliessung scharf dagegen aussprach und äusserte, dass es sich hierbei um eine reaktionäre Strömung handle. Die Industrie werde nicht durch die 48stundenwoche ruiniert, sondern durch die jetzige Krise, die eine Folge des Weltkrieges und der Friedensverträge sei. Die Wiederherstellung normaler Verhältnisse hänge von der Revision der Friedensverträge ab. Aus diesem Grunde sei deshalb eine Abänderung des schweizerischen Fabrikgesetzes unbegründet und der Kongress verlange daher nach wie vor die 48stundenwoche.

« *Neue Zürcher Zeitung* » (bürgerlich).

Der ausserordentliche Gewerkschaftskongress, der am 27. und 28. Mai in Bern stattfand, hat den Kommunisten eine empfindliche Niederlage gebracht. Diese ist für die Betroffenen um so peinlicher, da von ihnen selbst die Initiative zur Einberufung des Kongresses, der eine Abrechnung mit der « reformistischen Gewerkschaftsbureaukratie » werden sollte, ausgegangen war. Die vom Bundeskomitee trotz allen Protesten durchgesetzte mehrmonatige Hinausschiebung des Kongresstermins ist nicht eine der letzten Ursachen für die relativ kühle Atmosphäre, in der die Treibhausblüten der kommunistischen Kampfforderungen erfroren sind. Als die Moskauer ihr Einberufungsbegehren lancierten, gedachten sie, sich die Bestürzung der Arbeiterschaft über die Folgen der Wirtschaftskrise zunutze zu machen, um die Führung der Gewerkschaften im Kampfe gegen die « Reaktion » in die Hände zu bekommen; aber auf der Gegenseite war man wachsam und nahm sich Zeit, das Terrain in einer Weise vorzubereiten, dass Ueberraschungsmanöver misslingen mussten. Im entscheidenden Augenblick haben in Bern die Anträge des Bundeskomitees gegenüber denen der kommunistischen Opposition mit 181 gegen 30 Stimmen obenaufgeschwungen.

« *Zürcher Volkszeitung* » (bürgerlich).

In der Bundesstadt tagte der Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes.

Die Resolutionen, die er fasste, sind ein Musterbeispiel dafür, wie leicht man sich in gewissen Kreisen das Urteil über die Ursachen und die Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Krise macht, wie die schwierige Lage des Landes gerade gut genug ist, um Anlass zu einigen propagandistischen Auslassungen zu geben. Zuerst befasste man sich mit dem Traktandum: Arbeitslosenfürsorge und Arbeitslosenversicherung. Es ist klar, dass die Entschliessungen des Kongresses nach dieser Seite hin von Forderungen an die (bekanntlich übervolle!) Staatskasse nur so triefen.

« *Schweiz. Spezereihändlerzeitung* ».

Der Schweiz. Gewerkschaftsbund hat am letzten Sonntag in Bern getagt, Reden angehört und Resolutionen gefasst. So eine gegen die Verlängerung der Arbeitszeit und eine gegen den Lohnabbau. Ein ganzes Büschel Forderungen ist aufgestellt worden. Wieder einmal diejenige der Festsetzung einer maximalen Gewinnmarge für «Artikel des Lebensbedarfs». Es braucht schon eine ziemliche Unverfrorenheit, um diese Forderung auch jetzt noch aufzustellen. Sie zielt übrigens dorthin, wo auch die Einführung einer Bundessteuer für die hohen Vermögen und Einkommen, die Vermögensabgabe und das Getreidemonopol hinauswollen: Schritt um Schritt dem Staatssozialismus näher zu kommen. Davon haben wir nun wahrlich jetzt schon genug!

Aus schweizerischen Verbänden.

Bauarbeiter. Der Streik der Steinarbeiter in Zürich ist nach vierwöchiger Dauer zum Abschluss gekommen. An Stelle eines 15prozentigen Lohnabbaus (30 bis 37 Rp. pro Stunde), wie ihn die Unternehmer hatten diktieren wollen, bleibt es bei einer Reduktion von 20 Rp. pro Stunde. Vor dem 1. April 1923 darf ein weiterer Lohnabbau nicht erfolgen. Der Achtstundentag bleibt wie bisher bestehen. So konnte die Bewegung, trotzdem auch hier in einigen Fällen Streikbrecherdienste geleistet wurden, zu einem günstigen Ende geführt werden.

Holzarbeiter. Ende Mai wurde die Holzarbeiter-Aussperrung nach hartnäckigen Verhandlungen durch eine Vereinbarung folgenden Inhalts beigelegt:

Mit der Wiederaufnahme der Arbeit tritt ein Lohnabbau von 10 Rp. pro Stunde ein. Ab 1. Juli 1922 erfolgt ein weiterer Lohnabbau, der auch für die Sektion Kreuzlingen des Meisterverbandes Geltung hat, von 5 Rp. pro Stunde. Die seit 1. Januar bereits vorgenommenen Lohnreduktionen kommen in Anrechnung. Wo der Arbeitslohn weniger als Fr. 1.30 pro Stunde beträgt, tritt nur ein Lohnabbau von 10 Rp. ein. Vor dem 1. Dezember tritt kein Lohnabbau mehr ein, sofern nicht eine wesentliche Verschlechterung der Konjunktur eintritt. Massregelungen werden nicht vorgenommen. Die Arbeit wird am 6. Juni wieder aufgenommen.

Metallarbeiter. Konflikt bei *Winkler, Fallert & Co., A.-G.* Am 9. Juni ist durch Vermittlung des bernischen Gemeinderates eine Verständigung folgenden Inhalts zustande gekommen:

Der Abbau der Teuerungszulagen wird nach Vorschlag der Firma vorgenommen, mit der Abänderung, dass für das vierte und jedes weitere Kind des Arbeiters noch je Fr. 2.— pro Zahltag bis zum 30. September 1922 bezahlt werden. Die von der Firma vorgeschlagenen Löhne werden in dem Sinne modifiziert, dass die Löhne der Ledigen und der Verheirateten ohne Kinder um weniges mehr, die Löhne der Verheirateten mit Kindern etwas weniger reduziert werden; der gesamte Lohnabbau soll 13 Rp. pro Stunde und Arbeiter nicht übersteigen.

Massregelungen werden nicht vorgenommen. Neue Arbeiter werden erst eingestellt, wenn keine der im Ausstand befindlichen jetzigen Arbeiter mehr arbeitslos sind. Die obigen Löhne gelten bis Ende September 1922; auf 1. Oktober erfolgt ein weiterer Lohnabbau von 5 Prozent.

Musikerverband. Anfang Mai führte der Schweizerische Musikerverband unter seinen Mitgliedern eine Urabstimmung über den Anschluss an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund durch, die folgendes Ergebnis zeitigte:

Ausgeteilte Stimmzettel 513. Eingegangene Stimmzettel 331. Davon haben für den Anschluss gestimmt 164, gegen den Anschluss 167. Dieser ist somit abgelehnt.

Textilarbeiter. Dem im Umfang von über 100 Seiten erschienenen Jahresbericht 1921 entnehmen wir die folgenden Angaben:

Die Mitgliederzahl ist von 22,180 am 1. Januar 1921 auf 16,208 am 31. Dezember 1921 zurückgegangen; eine Erscheinung, die angesichts der Krise nicht überrascht. Die Verbandskasse bezahlte bei 120,297 Unterstützungstagen einen Gesamtbetrag von Fr. 313,950.— für Arbeitslosenunterstützung.

Der Bericht enthält weiter Angaben über die Krise in der Textilindustrie, über die Kosten der Lebenshaltung, über die Einwirkungen der Krise auf die gewerkschaftliche Tätigkeit und über Abwehrbewegungen und Kämpfe. Es fanden in 209 Betrieben 133 Bewegungen (7 Streiks) statt, an denen 24,838 Beschäftigte (davon 15,693 Frauen) beteiligt waren. 48 Bewegungen brachten einen vollen Erfolg, 46 einen teilweisen Erfolg, 36 waren erfolglos, und drei wurden im Berichtsjahre nicht erledigt. 17,813 Personen mussten einen Lohnabbau von Fr. 7.66 pro Person und Woche annehmen; für 11,277 Personen konnte ein solcher von Fr. 4.42 pro Person und Woche verhindert werden. Für 160 Beschäftigte wurde eine Lohnerhöhung von Fr. 3.12 pro Woche erkämpft. Eine Arbeitszeitverlängerung von 3 Stunden 55 Minuten trat für 9175 Beschäftigte ein, für 461 Personen konnte eine solche von 2¾ Stunden abgewehrt werden. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde für 69 Personen, und zwar 8½ Stunden pro Person und Woche, erkämpft.

Weitere Angaben enthält der Bericht über die internationalen Beziehungen, Verbandsorgan, Bildungswesen, Tätigkeit des Zentralvorstandes und des Zentralsekretariates, der Kreissekretariate usw.

Die Einnahmen der allgemeinen Kasse betrugen Fr. 455,377.— (davon aus Beiträgen Fr. 413,928.—). Die Ausgaben betrugen Fr. 335,138.— (Streikunterstützung Fr. 41,182.—, Massregelungsunterstützung Fr. 9179.—, Notfallunterstützung Fr. 9068.—, sachliche Verwaltung Fr. 47,591.—, persönliche Verwaltung Fr. 118,871.—, Verbandsorgane Fr. 46,543.—). Die allgemeine Kasse schliesst mit einem Einnahmenüberschuss von Fr. 120,238.— ab. Die Arbeitslosenkasse weist bei Fr. 305,874.— Einnahmen und Fr. 319,802.— Ausgaben, ein Defizit von Fr. 13,925.— auf. Das Gesamtvermögen des Verbandes belief sich Ende Dezember auf Fr. 600,557.—.

Die Aussperrung bei der *Firma Rohner in Pratteln* konnte in einer Einigungsverhandlung vom 19. Mai beigelegt werden. An Stelle einer 10- bis 12prozentigen Lohnreduktion tritt nur eine solche von 5 Prozent ein. Es dürfen keine Massregelungen stattfinden. Alle Kündigungen werden rückgängig gemacht. Durch die Solidarität der Arbeiterschaft war es möglich, den Abwehrkampf wirksam zu gestalten und die Pläne der Unternehmer zu vereiteln.

Aargau. Das *Arbeitersekretariat* hatte im verflossenen Jahre die folgenden Frequenzen zu verzeichnen:

Insgesamt wurden 4188 Konsultationen erteilt. Davon betrafen den Arbeits- und Dienstvertrag 1415, Unfälle 919, Rechtssachen 748 und Fragen allgemeiner Natur 1106. Von den Auskunftsuchenden waren 3517 Schweizer und 671 Ausländer. 2147 waren organisiert und 2041 unorganisiert. An Männer wurden 3283, an Frauen 905 Auskünfte erteilt. Insgesamt wurde durch das Arbeitersekretariat eine Summe von Fr. 26,000.— vermittelt.

Basel. Die *Arbeiterunion* und das *Gewerkschaftskartell* veröffentlichen einen 61 Seiten umfassenden Bericht für das Jahr 1921. Er orientiert über die Tätigkeit der verschiedenen Organe, Versammlungen und Demonstrationen sowie über die bekannten Forderungen zur Einheitsfront, Abwehrkampf, Trimbacher Ausschuss usw. Im Abschnitt über Krise und Arbeitslosigkeit wird festgestellt, dass die kapitalistische Wirtschaft am Ende ihres Lateins sei, ohne dass man sich die Mühe nimmt, die Tatsachen richtig zu würdigen. Jedenfalls hat man den Eindruck, dass auch die Basler Kommunisten bald am Ende *ihres Lateins* angelangt sein werden. Die Mitgliederzahl ist von 19,746 auf 15,705 zurückgegangen. Davon sind 2555 Frauen.

Ein weiterer Abschnitt des Berichtes orientiert über Lohnbewegungen und Streiks, deren 42 in 415 Betrieben mit 7382 Beschäftigten stattfanden.

Das Arbeitersekretariat erteilte an 1962 Personen Auskunft, davon waren 1228 Organisierte und 734 Unorganisierte.

Die Bibliothek lieh im Berichtsjahre 4675 Bände aus. Die Zahl der Bildungsvorträge erreichte 287. (Naturwissenschaft, Technik, Georgraphie 42, Geschichte, Lebensbeschr. 33, Soziologie, Gesetze, Tagesfragen 73, Genossenschaftswesen 16, Arbeiterbewegung 81, Kunst, Führungen usw. 42).

St. Gallen. *Arbeitersekretariat.* Das Arbeitersekretariat St. Gallen ist laut Jahresbericht 1921 wie folgt frequentiert worden:

Die Institution wurde von insgesamt 2228 Personen in Anspruch genommen (im Vorjahre 1643 Personen); die Zahl der erteilten Auskünfte ist von 2411 auf 3455 angewachsen. Von den Auskunftsuchenden waren 1163 Schweizer und 1065 Ausländer; Organisierte waren 1110, Unorganisierte 1118.

Von den Konsultationen betrafen die Arbeitslosenunterstützung 1628, den Dienstvertrag 550, das Armenwesen 315.

Ausser dem Arbeitersekretariat der Union wurden vom Lokalsekretariat der Metallarbeiter an 950 Klienten 1450 Auskünfte, vom Sekretariat der Textilarbeiter an 768 Klienten 1185 Auskünfte und vom Sekretariat des V. H. T. L. an 221 Klienten 288 Auskünfte erteilt.

Thurgau. *Arbeitersekretariat.* Dem Jahresbericht pro 1921 entnehmen wir die folgenden Angaben:

Die Mitgliederzahl ist auch hier stark zurückgegangen: von 6998 auf 5158. Die Matllarbeitergewerkschaft Arbon weist allein einen Mitgliederrückgang von 1736 auf 961 auf.

Die Rechtsauskunftstelle hatte gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme zu verzeichnen; die Zahl der Audienzen stieg von 3306 auf 4501, davon waren 1308 schriftliche Auskünfte. 1822 Fälle betrafen die Arbeitslosenfürsorge, 814 den Dienst- und Lehrvertrag, und 658 die Unfallversicherung; die übrigen Auskünfte verteilten sich auf verschiedene Rechtsgebiete. Von den Auskunftsuchenden waren 2697 Schweizerbürger und 543 Ausländer.

Die Jahresrechnung weist bei einer Einnahmensumme von Fr. 22,092.— einen Einnahmenüberschuss von Fr. 4504.— auf.

Zürich. *Arbeiterunion.* Der Jahresbericht der Union und des Gewerkschaftskartells für das Jahr 1921 ist im Umfang von 46 Seiten erschienen. Wir entnehmen ihm die folgenden Angaben:

Die Mitgliederzahl hat sich um 2477 vermindert; von 20,669 am 31. Dezember 1920, ist sie auf 18,192 Ende Dezember 1921 zurückgegangen. Den stärksten Rückgang

weisen die Metallarbeiter (800), die Bauarbeiter (738) und die Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter (420) auf; zugenommen haben die kantonalen Angestellten (211) und die Steinarbeiter (140). Von den 18,192 Mitgliedern sind 2464 Frauen. Die höchste Mitgliederzahl hatte die Union im Jahre 1918 erreicht (22,182).

Der Bericht unterrichtet ferner über die Tätigkeit des Unionsvorstandes und der übrigen Organe der Arbeiterunion, über die Tätigkeit des Bildungsausschusses und der Zentralbibliothek. Hier sei angeführt, dass im Berichtsjahr total 29,631 Bücher ausgeliehen wurden.

Im Bericht des Gewerkschaftskartells wird Auskunft gegeben über die Tätigkeit des Vorstandes dieser Abteilung und des Sekretariates hinsichtlich Arbeitslosenfürsorge, Lohnabbau, Steuerpflicht der Gewerkschaften usw. Die Auskunftstelle weist eine Frequenz von 4784 Klienten auf; diese holten sich in 6114 Fällen Rat. 15,767 Audienzen waren dazu notwendig. Die Grosszahl der Audienzen betraf Lohnfragen (3538), Kündigungen (2489), Arbeitslosenfürsorge (2332) und Forderungen (1450). Von den Auskunftsuchenden waren 2615 Organisierte und 1880 Unorganisierte.

Die Jahresrechnung der Arbeiterunion schliesst mit einem Ausgabenüberschuss von Fr. 858.— ab (bei Einnahmen im Betrage von Fr. 6512.—). Das Gewerkschaftskartell verzeichnet bei einer Gesamteinnahme von Franken 50,006.— einen Ueberschuss von Fr. 2352.—.

Zürcher Oberland. *Arbeitersekretariat.* Das Arbeitersekretariat des Zürcher Oberlandes hatte laut Jahresbericht 1921 folgende Frequenz aufzuweisen:

Total der Klienten 4553 (3179 Männer und 1374 Frauen). Davon waren 4139 Schweizer und 360 Ausländer; 2978 waren organisiert und 1575 unorganisiert.

Von den 11,000 Audienzen betrafen 10,532 das Zivilrecht (davon 4727 gewerbliche Streitsachen) und 408 das Strafrecht.

Die Betriebskasse des Sekretariats schliesst bei Fr. 2608.— Einnahmen mit einem Passivsaldo von Fr. 18.— ab. Die Jahresrechnung des Arbeiter-Sekretariatsverbandes verzeichnete im Berichtsjahr Fr. 23,934.— Einnahmen und Fr. 21,185.— Ausgaben; das Vermögen belief sich Ende Dezember 1921 auf Fr. 7943.—.

Gewerkschaftliche Delegiertenversammlungen.

Eisenbahner. Unter dem Vorsitz von *Hauenstein* (Zürich) fand am 17. und 18. Juni in *Bern* die IV. Abgeordnetenversammlung des *Schweizerischen Eisenbahnerverbandes* statt. Das Protokoll der letzten Abgeordnetenversammlung wurde genehmigt, ebenso Jahresbericht und Jahresrechnung. Ein Antrag Zeli auf Differenzierung der Verbandsbeiträge, ein Antrag Scherrer auf Reduktion der Taggelder und ein Antrag Stauber auf Reduktion der Zahl der Abgeordneten wurden abgelehnt, da sie zum Teil unzweckmässig und verfrüht oder bereits gegenstandslos waren. Als Verbandspräsident wurde Genosse Beck bestätigt, als tessinischer Sekretär Genosse Zeli definitiv gewählt. Das Budget wurde einstimmig genehmigt und der Jahresbeitrag auf Fr. 16.— festgesetzt. Genosse Beck orientierte darauf über die Schaffung eines Lungensanatoriums für tuberkulöse Eisenbahner. Aus finanziellen Erwägungen kann augenblicklich die Verwirklichung nicht an die Hand genommâ werden, doch soll die Frage weitergeprüft werden.

Generalsekretär *Bratschi* referierte über die gewerkschaftliche Situation, indem er besonders auf die Reorganisation der Bundesbahnen, die Arbeitszeitfrage, das neue Besoldungsgesetz, die Teuerungszulagen und die Lex Häberlin eintrat. Die Teuerungszulagen waren Gegenstand eines weiteren Referates, in dem der Referent betonte, dass sich der Verband mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln einem verfrühten und ungerechtfertigten Lohnabbau widersetzen werde. An der Diskussion beteiligten sich Votanten aus allen Kreisen des Personals. Einmütig wurde die bisherige Stellungnahme der Verbandsbehörden gutgeheissen. In allen Voten kam der feste Wille zum Ausdruck, mit aller Kraft für auskömmliche und annehmbare Arbeitsbedingungen einzustehen. Eine Resolution, die den Kampf gegen jede Arbeitszeitverlängerung ankündet, die Verantwortung für die Lohnabbaupolitik der Bundesbehörden ablehnt und die sofortige Inkraftsetzung des Besoldungsgesetzes fordert, wurde einstimmig angenommen.

Heizer und Maschinisten. Pfingsten 1922 hielt der Heizer- und Maschinistenverband in *Bern* seine Delegiertenversammlung ab. Vorgängig fand eine Zusammenkunft der Anhänger des Gewerkschaftsbundes statt, an der 45 Verbandssektionen durch 86 Mitglieder vertreten waren. Es wurde eine Resolution folgenden Inhalts angenommen:

Die Vorversammlung des Verbandstages der Heizer und Maschinisten der Schweiz stellt nach Anhörung des Berichtes des Initiativkomitees in Lausanne fest, dass die Interessen der Heizer und Maschinisten nur innerhalb des Gewerkschaftsbundes wahrgenommen werden können.

Sie appelliert an die Sektionen, innert kürzester Frist Versammlungen einzuberufen und die Gründung einer «gewerkschaftlichen Abteilung» zu beschliessen.

Die Versammlung beschliesst, eine Kommission einzusetzen, die die Vorarbeiten für den Zusammenschluss zu treffen, Statuten auszuarbeiten und den gemeinsamen Anschluss an den Schweizerischen Gewerkschaftsbund in die Wege zu leiten hat.

Diese Kommission hat sich aus Mitgliedern des Initiativkomitees und der Sektion Bern gebildet und wird die genannten Arbeiten beförderlichst in Angriff nehmen. Hoffen wir, dass dadurch der Wunsch der Grosszahl der Mitglieder des Heizer- und Maschinistenverbandes der Schweiz in die Tat umgesetzt werden kann.

Holzarbeiter. Mitte Juni fand in Zürich die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes statt. Verbandspräsident *Hohner* hiess die Delegierten willkommen; darauf folgten die Begrüssungsansprachen der anwesenden Gäste. Der Tätigkeitsbericht des Vorstandes, der Kassenbericht und der Bericht der Beschwerdekommission wurden nach kurzen Bemerkungen einstimmig genehmigt. Es folgte die Delegiertenversammlung der Krankenkasse und die Beratung der hierher gehörenden Anträge. Mit grosser Mehrheit wurde ein Antrag auf Auflösung der Frauenkrankenkasse angenommen, da diese Institution ihren Zweck, die Frauen für gewerkschaftliche Ziele zu gewinnen, nicht erfüllte.

In der zweiten Sitzung referierte Genosse *Reichmann* über Lohnabbau und Arbeitszeitverlängerung. Die Diskussion gab den Delegierten Gelegenheit, sich eingehend über diese Fragen und über die kürzlich zum Abschluss gekommene Holzarbeiter-Aussperrung auszusprechen. Alle Redner wiesen auf die Bedeutung des Kampfes hin und stimmten im allgemeinen dem Vorgehen des Verbandsvorstandes zu. Dessen Taktik wurde gutgeheissen und die seinerzeit beschlossenen Kampfmassnahmen gegen die Verlängerung der Arbeitszeit bestätigt.

Der Verbandstag behandelte darauf die Anträge zu den Statuten. Die Massregelungs- und Inhaftiertenunterstützung soll in Zukunft bis 50 Prozent des Lohnes betragen. Die Bau- und Holzarbeiterzeitung soll in deutscher, französischer und italienischer Sprache erscheinen. Die Statuten des neuen Bau- und Holzarbeiterverbandes wurden schliesslich mit wenigen Modifikationen angenommen. Die Wahl der Verbandssekretäre vollzog sich in bestätigendem Sinne. Darauf schloss der Vorsitzende